Haushaltsrede 2021
von Oberbürgermeister Michael Bulander in der Sitzung des Gemeinderats am 07.12.2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Mitglieder des Gemeinderats und der Ortschaftsräte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das alles beherrschende Thema ist und bleibt die Pandemie. Das gilt für unsere Weltgesellschaft genauso wie für unsere Stadt und jede und jeden von uns persönlich.

Wir können feststellen, dass wir bislang in unserer Stadt, im Landkreis Tübingen, in Baden-Württemberg und Deutschland glimpflich davongekommen sind. Die Folgen aus der Pandemie und die Nebenwirkungen aus der Krisenbewältigung sind aber ungemein hoch, das werden wir, unsere Gesellschaft und wahrscheinlich sogar noch unsere nachfolgenden Generationen noch bitter spüren.

Neben der Trauer um verstorbene Mitmenschen, das Mitgefühl für die Erkrankten und denjenigen in häuslicher Isolation, kommen die volkswirtschaftlichen Herausforderungen, die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft.

Wir haben es also mit drei großen Herausforderungen gleichzeitig zu tun: der Pandemie, einer volkswirtschaftlichen Krise und einem schwieriger werdenden gesellschaftlichem Zusammenhalt.

In diesen Kontext, meine Damen und Herren, sind sowohl die Haushaltsentwicklung 2020 und die Aufstellung und Beratung für den Haushalt 2021 sowie die mittelfristige Finanzplanung zu stellen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich danke sagen, allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihre herausragende Arbeit in dieser unübersichtlichen Zeit.
Die Stadtverwaltung, die Stadtwerke, der Baubetriebshof waren jederzeit für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, einschließlich der Noteinrichtungen der Kindertagesstätten, Schulen und allen anderen Bereichen.

Danke an die kommunale Familie, vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gesundheitsamtes, des Landratsamtes, den Hilfs- und Rettungsdiensten, aber auch den Pflegediensten, den Kliniken und den niedergelassenen Ärzten.

Ich möchte aber auch ganz besonders den Vertretern von Handel, Gewerbe, Gastronomie und den Kulturschaffenden danken, denn sie sind diejenigen, die vom Lockdown besonders betroffen sind und weiterhin unsere volle Solidarität benötigen. Sonst könnte es sein, dass es um unsere Städte und deren Lebendigkeit am Ende sehr arm und trist werden wird.

Nicht zuletzt danke ich Ihnen, meine Damen und Herren Gemeinderäte und Ortschaftsräte. Wir waren stets handlungs- und entscheidungsfähig und Sie haben mit deutlichen Beschlüssen zur Haushaltssicherung auf wichtigen Feldern der Kommunalpolitik und der kommunalen Haushaltswirtschaft durch sparen, durch bremsen,

durch schieben, durch Anhebung der Realsteuerhebesätze frühzeitig gegengesteuert.

1.
Was kommt im nächsten Jahr auf uns zu? Diese Frage wird keiner von uns beantworten können.
Doch fällt mir dabei das Zitat des italienischen Dichters und Philosophen Dante Alighieri ein: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt.“

Bereits in meiner letztjährigen Haushaltsrede habe ich festgestellt: Die Stimmungslage unter den Kommunen ist angespannt. Die Herausforderungen sind riesig. Viele Kommunen werden den erforderlichen Haushaltsausgleich für 2020 nur schwer, wenn überhaupt, erreichen.

An der Situation hat sich bis heute nichts geändert – ganz im Gegenteil, die Situation hat sich durch die Pandemie noch verschärft. Bei allen Herausforderungen, welche wir derzeit meistern müssen, sehe ich trotz der prekären finanziellen Situation eine Chance. Eine Chance zu handeln und uns auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ein Chance zu handeln und überzogene Standards zurück zu fahren. Eine Chance zu handeln, um wieder auf ein Normalmaß zu kommen, denn in den konjunkturell guten Jahren ist das gehobene Leistungsniveau der Kommunen zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Menschen haben sich daran gewöhnt, dass Kinderbetreuung, Schulen, Wohnungsbau, Straßenbau und vieles mehr bei steigenden Ausgaben wie selbstverständlich erledigt werden. Die Ansprüche an die öffentliche Hand sind deutlich gestiegen.

Wir haben bereits einen Anfang gemacht. Mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 haben wir 1,3 Mio. Euro im Ergebnishaushalt und 2,5 Mio. Euro im Investitionshaushalt eingespart. Damit hat die von der Aufsichtsbehörde geforderte Haushaltskonsolidierung begonnen, die im Haushalt 2021 fortgeführt werden muss.

Wir haben in 2021 keine Kreditaufnahmen vorgesehen. Obwohl wir 10,1 Mio. Euro an Investitionen eingeplant haben. Zudem können wir, wie bis auf wenige Ausnahmen alle Städte und Gemeinden, den Ergebnishaushalt nicht ausgleichen. 2,88 Mio. Euro beträgt die Deckungslücke, die wir dank der vergangenen guten Jahre mit Sondererträgen und einer Entnahme aus der Rücklage ausgleichen können. Leider wird das nicht dauerhaft möglich sein, weshalb in den kommenden Jahren eine strenge Haushaltsdisziplin vonnöten ist und der berühmte Gürtel enger geschnallt werden muss.

Allmählich dämmert es auch immer mehr Spitzenpolitikern, welche Milliardensummen sich für die Corona-Hilfen anhäufen und welche Folgen dies haben kann. Der Ton verschärft sich in der Diskussion darüber, wer welche Belastungen schultern sollte. Die Frage muss gestellt werden: Welches Damoklesschwert haben wir Kommunen zu erwarten?

Wir werden dies noch deutlich zu spüren bekommen. Sinkende Steuereinnahmen und gleichzeitig immer noch höhere Ausgaben werden die Handlungsspielräume in den nächsten Jahren einschränken.

Es besteht kein Zweifel, wir müssen diese aktuell schwierige Zeit meistern. Dazu sind wir alle aufgerufen und wir nehmen diese Herausforderung selbstverständlich an. Dennoch müssen wir genau hinschauen für was wir Geld ausgeben, was wir uns über unsere Pflichtausgaben hinaus und mit welchen Standards leisten wollen. Auch wenn es noch so schmerzlich ist, irgendjemand wird die Folgen aus der Pandemie bezahlen müssen.

2.

Bei alle dem ist es trotz der schweren Vorzeichen der vor uns liegenden Jahren sehr erfreulich und das vorläufige Rechnungsergebnis 2019 bestätigt: der Ergebnishaushalt 2019 schließt dank deutlich gestiegener Steuereinnahmen und Zuweisungen voraussichtlich mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 1,85 Mio. Euro ab, welches in der Bilanz der Rücklage zufließt. Das Sonderergebnis schließt mit einem voraussichtlichen Überschuss von rd. 656.000 Euro ab und fließt der Sonderrücklage zu. Ein gutes, wenn auch kleines Polster für die nächsten Jahre.

Bereits mit Beschluss des Haushalts 2020 reichten die erwarteten Erträge aufgrund der steigenden Personal- und Sachaufwendungen in 2020 als auch mittelfristig nicht aus, um einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt aufzustellen. Das ordentliche Ergebnis des Gesamthaushalts war mit Ausnahme des Jahres 2023 durchgängig negativ.

Zur Sicherung einer nachhaltigen finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt haben wir mit Steuererhöhungen, Kürzungen und Einsparungen sofort und bereits vor der Pandemie gegengesteuert, und

dennoch verblieb ein Defizit im Ergebnishaushalt in Höhe von über 630.000 Euro, welches die Aufsichtsbehörde veranlasste uns ein strenges Spardiktat aufzugeben und uns auf einen Konsolidierungskurs einzustimmen.

Wie wir alle wissen kam es 2020 aber noch schlimmer. Mit der Pandemie brachen vor allem deutliche Gewerbesteuereinnahmen weg, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ging deutlich zurück und zusätzliche pandemiebedingte Kosten belasten uns, um nur drei Positionen zu nennen, die wir weiterhin verkraften müssen.

Aber, meine Damen und Herrn, wir kommen dank der Kompensationsleistungen von Bund und Land und mit den sofort getroffenen und bereits angesprochenen Gegenmaßnahmen der Stadt im Haushalt 2020 mit einem blauen Auge davon. Das ordentliche Ergebnis im Ergebnishaushalt verschlechtert sich zwar um weitere 310.000 Euro auf eine Defizit von 946.000 Euro kann aber durch eine Rücklagenentnahme abgedeckt werden.

Wesentlich beeinflusst wurde dieses Ergebnis durch die Abdeckung der Betriebsverluste der Stadtwerke aus den Jahren 2017 bis 2020. Diese Aufwendungen belasten den Haushalt mit rd. 2,16 Mio. Euro. Zusätzlich haben die Stadtwerke eine Eigenkapitalaufstockung in Höhe von 826.000 Euro erhalten.

Ohne den Ausgleich der bäderbedingten Betriebsverluste würde der Haushalt 2020 einen Überschuss erwirtschaften.

Meinen Damen und Herren, es war aus meiner Sicht eine absolut richtige Entscheidung, das Hallenbad in den vergangenen Jahren zu sanieren und unseren Bürgerinnen und Bürgern dieses gemeinwohlorientierte Angebot, ein sehr gutes freiwilliges Angebot weiterhin zur Verfügung zu stellen. Aber dieses Beispiel zeigt uns exemplarisch sehr eindrücklich auf, dass wir auf den Bereich der freiwilligen Aufgaben und auf die Standards, egal welcher Art, immer ein ganz besonderes Augenmerk richten müssen. Wir werden uns auf Dauer manchen Standard nicht mehr leisten können, müssen auf bisher Selbstverständliches verzichten. Vielleicht lehrt uns auch da die aktuelle Zeit ein Umdenken.

3.

Wie ich Ihnen bereits gesagt habe fehlen im Ergebnishaushalt 2021 2,88 Mio. Euro. Im Finanzhaushalt haben wir einen Zahlungsmittelbedarf von rd. 522.000 Euro. Das heißt wir können unsere laufende Verwaltungstätigkeit nicht mit unseren Einnahmen decken und erst recht keinen Beitrag zur Finanzierung der in 2021 geplanten Investitionen leisten. Selbst die ordentliche Tilgung in Höhe von 161.000 Euro kann nicht erwirtschaftet werden.

Die Einzahlungen aus Steuern sind aufgrund des Wirtschaftseinbruchs gegenüber 2019 um rd. 760.000 Euro, die Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuwendungen um rd. 1.014.000 Euro gesunken. Gleichzeitig steigen die Personalaufwendungen durch Tarifabschlüsse, Höhergruppierungen und weitere 5,23 Stellen durch zusätzliche Aufgaben um 823.000 EUR bzw. 4,65 Prozent gegenüber dem Vorjahr weiter an. Die Personalaufwendungen machen mit 18,5 Mio. Euro rd. 33 Prozent des Gesamtbetrags der ordentlichen Auf-

wendungen aus. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich trotz einer generellen Einsparung von 30 Prozent des Mittelbedarfs um rd. 1,09 Mio. Euro.

Seit der Beratung des Stellenplans im Juli 2020 haben sich weitere Änderungen und Mehrbedarfe ergeben. Sie werden in der Gemeinderatssitzung am 18.01.2021 näher erläutert. Zusätzliche 2,83 Stellen für die neue Kindertageseinrichtung an der Andeckschule sind im Stellenplan ebenfalls noch nicht berücksichtigt.
Hier wird es also noch zu einem weiteren Anstieg der Personalaufwendungen kommen.

Betrachtet man die Altersstruktur der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird deutlich, dass in den nächsten Jahren überdurchschnittlich viele Kräfte altershalber ausscheiden werden.

Mit weichen Faktoren wie dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Patenmodell und vielem mehr arbeiten wir an einem positiven Image der Stadt und der Stadtwerke als attraktivem Arbeitgeber, damit die Aufgaben auch in Zukunft in gewohnt hoher Qualität erfüllt werden können.

Außerdem nehmen wir regelmäßig an Ausbildungsmessen teil, haben ein attraktives Ausbildungsmanagement und übernehmen Auszubildende mit gutem Abschluss unbefristet, um so aus eigenen Reihen Stellen qualifiziert wieder besetzen zu können.

Für die Generation der ´digital natives´ wird die Attraktivität eines Arbeitsplatzes nicht zuletzt davon abhängen „wie“ gearbeitet wird.

Wer mit Smartphone, IPad und Laptop aufgewachsen ist, wird sich mit analogen Verfahren und Papierakten schwer tun.
Für moderne Arbeitsformen wie mobiles und papierfreies Arbeiten ist die Digitalisierung der Prozesse und der Aktenführung unerlässlich. Eine konsequente Digitalisierung ist für die künftige Personalgewinnung daher von entscheidender Bedeutung.

Die Personal- und Sachaufwendungen werden weiter steigen. Es ist nicht zu erwarten, dass die Aufgabenfülle nachlässt und auch durch die Digitalisierung werden in den nächsten Jahren keine Einsparungen zu verzeichnen sein.
Im Gegenteil: die Umstellung auf digitale Formate und die vorübergehenden Doppelstrukturen werden in den nächsten Jahren zusätzliche Finanzmittel erfordern.

4.
Wir legen Ihnen heute einen solide aufgestellten Haushalt vor.
Trotz anhaltender Pandemie und wirtschaftlicher Unsicherheit investiert die Stadt Mössingen weiter in ihre Zukunft. Mit Investitionen in Höhe von 10,1 Mio. Euro ist sie ein wichtiger Motor um die örtliche und regionale Wirtschaft zu stützen.

Der Schwerpunkt der Investitionen liegt wie bereits in früheren Jahren – wer hätte es gedacht – mit 3,916 Mio. Euro (39 %) im Bereich Bildung und Betreuung.

Mössingen baut damit die Attraktivität als Bildungsstandort weiter aus. Mit der Sanierung der Schulen nach heutigen Bildungsstandards und dem Bau eines weiteren Kinderhauses, das von der

Krippenbetreuung bis zur Ganztagesbetreuung alle Betreuungsformen anbieten wird, setzen wir einen weiteren Akzent, um die Lebensqualität vor Ort auszubauen und für Bevölkerungszuzüge attraktiv zu sein.

Für die bereits laufende Sanierung des Quenstedt-Gymnasiums sind weitere 1,3 Mio. Euro in 2021 und in den Folgejahren bis 2024 weitere 2,22 Mio. Euro an Mitteln veranschlagt. Dem stehen Zuwendungen des Landes in Höhe von 1,875 Mio. Euro gegenüber.
Nach einer aktuell geplanten und mit dem Gemeinderat in der ersten Sitzung des nächsten Jahres zu beschließenden Neuverteilung der Räumlichkeiten im Quenstedt-Gymnasium für die naturwissenschaftlichen Fachräume und für Bildende Kunst der Friedrich-List-Gemeinschaftsschule sind 300.000 Euro Planungskosten vorgesehen. Das Konzept, welches der Friedrich-List-Schule ausreichend Räumlichkeiten im Gebäude des Quenstedt-Gymnasiums zusichert, wurde in einem konstruktiven Prozess mit beiden Schulen einvernehmlich ausgearbeitet. Für beide Schulen entsteht ein Mehrwert und ich bin mir sicher, dass auch Sie, meine Damen und Herren Gemeinderäte, mit diesem sehr guten Raumkonzept zufrieden sein und zustimmen können.

Für die Generalsanierung der Filsenbergschule in Öschingen sind in den Haushaltjahren 2021 bis 2024 4,35 Mio. Euro eingeplant. Die Realisierung dieser Maßnahme ist aber nur möglich, wenn der Antrag auf Zuwendung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsprogramm oder der Schulbauförderung positiv beschieden wird. Hier rechnen wir mit einer zeitnahen Entscheidung, da der Antrag über Zuwendungen in Höhe von 1,648 Mio. Euro bereits 2019 ge-

stellt und Ausgleichsstockmittel in Höhe von 330.000 Euro bereits bewilligt wurden.

Die größte Hochbaumaßnahme in den nächsten Jahren ist der Neubau der Kindertagestätte Hinter Höfen. Im mittelfristigen Planungszeitraum bis 2024 sind Mittel in Höhe von 7,1 Mio. Euro eingeplant, wobei im kommenden Jahr 1 Mio. Euro und zusätzlich 1,5 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung veranschlagt sind. Auch in diesem Projekt, welches wir Anfang 2021 erneut beraten werden, rechnen wir mit Investitionszuwendungen von 500.000 Euro aus dem Ausgleichstock und 660.000 Euro aus der Kindergartenförderung.

Bei allen Projekten wird sehr deutlich, dass ohne Investitionszuwendungen von Bund und Land die anstehenden Investitionen in diese Pflichtaufgaben nicht möglich wären. Das alles sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadtgesellschaft.

In Talheim sind für die heute noch zu beratende erstmalige Einrichtung einer Gruppe für eine neue Kindertagestätte in 2021 300.000 Euro, insgesamt aber 600.000 Euro eingeplant. Die Eröffnung ist für März 2021 terminiert.

Der evangelische Johanneskindergarten in Bästenhardt soll ebenfalls ein neues Domizil erhalten. Für weitergehende Untersuchungen ob der Kindergarten im Grundschultrakt eingebaut werden kann und für erste Planungen sind 100.000 Euro und eine Verpflichtungsermächtigung vorgesehen. Insgesamt enthält die mittelfristigen Planung 1,65 Mio. Euro, nach 2024 werden weitere Finanzierungsraten erforderlich sein.

Für die Kindertagestätte und das Kinder- und Familienzentrum am Standort Don Bosco sind im Betrachtungszeitraum dieses Haushaltsplanes keine Mittel eingestellt.

Damit sind im Finanzplanungszeitraum 2021 bis 2024 Investitionen für Hochbaumaßnahmen im Bereich Bildung und Betreuung in Höhe von über 17,5 Mio. Euro eingeplant, wobei der Umbau im Quenstedt-Gymnasium für die Fachräume der Friedrich-List-Schule noch nicht beziffert ist.

Noch nicht eingestellt sind Haushaltsmittel für die Sanierung des Erweiterungsbaus der Friedrich-List-Schule und für die Gottlieb-Rühle-Schule. Deren Bereitstellung hängt von der Entwicklung der Finanzsituation der Stadt in den nächsten Jahren ab.

Für die Sanierung und den Neubau von Sportstätten sind bewusst keine Haushaltsmittel veranschlagt. Es werden zunächst die Ergebnisse des aktuellen Sportstättendialogs abgewartet.

5.
Der zweite wesentliche Investitionsbereich ist mit rd. 17 Prozent der Investitionen die Stadtentwicklung.
Mit der Fertigstellung des Marktplatzes und der östlichen Bahnhofstraße im Jahr 2021 und dem Einstieg in die Neugestaltung des Mühlegärtles wird die Innenstadt eine ganz neue Qualität erhalten. Die Gestaltung mit Bäumen, Grün, Wasserfontänen, Sitzmöbeln und Beleuchtung sowie die technische Ausstattung ermöglichen eine vielfältige Nutzung bei gleichzeitig hoher Aufenthaltsqualität. So entsteht auf dem neuen Marktplatz – wenn die Arbeiten im Sommer

2021 abgeschlossen sind - Raum für Märkte, Feste, Gastronomie und unterschiedlichste Veranstaltungen. Unterstützt wird dies durch ein flexibles und überzeugendes Verkehrs- und Parkierungskonzept.

Unsere Innenstadt erstrahlt dann in neuem Glanz und ich bin der festen Überzeugung, das Konzept mit der Belebung durch eine attraktive Innenstadt, gute Erreichbarkeit, kurze Wege, Handel, Wohnen, auch für Senioren und Menschen mit Behinderung, und medizinische Dienstleistungen wird aufgehen und die Menschen werden dies sehr zu schätzen wissen. Das Ergebnis ist eine wunderbare Gemeinschaftsaktion die viele Menschen, Bürgerinnen und Bürger, Investoren, der HGV, die beteiligten Bauunternehmen und Handwerker, die Planer, die Stadtverwaltung und Sie, meine Damen und Herren Gemeinderäte dort geschaffen haben werden. Dies kann nur deshalb funktionieren, weil alle Beteiligten an einem gemeinsamen Ziel mit großem Engagement mitgearbeitet haben. Wir dürfen uns darauf freuen und wir werden uns alsbald auch Gedanken machen, wie wir mit dem dritten Bauabschnitt bis zum Kreisverkehr bei der VR Bank weiter machen wollen.

Für die Umsetzung der neuen Mössinger Mitte ist eine weitere Mio. Euro für 2021 und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400.000 Euro angesetzt.

Eine sehr frohe Botschaft haben wir aktuell vor knapp drei Wochen erhalten. Für die Neugestaltung des Mühlegärtle erhalten wir aus dem Sonderprogramm „Modellprojekte zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen“ Fördergelder in Höhe von

747.000 Euro. Diesem Glücksfall haben wir es zu verdanken, dass wir nun für die Neugestaltung des Uferbereichs an der Steinlach und speziell das Projekt am Mühlegärtle wieder Mittel eingestellt haben, nachdem das Projekt zunächst dem Rotstift zum Opfer gefallen war.
Die 90-prozentige Förderung des Bundes ermöglicht es uns mit diesem Projekt zur Neugestaltung dieses grünen, attraktiven Aufenthaltsort im Herzen unserer Stadt weiter zu machen. Das passt zeitlich natürlich hervorragend zum Abschluss der Maßnahmen in der Innenstadt.

Ab März 2021 wird der Landkreis die Ortsdurchfahrt Belsen, eine Kreisstraße, sanieren. In diesem Zuge baut die Stadt Mössingen die vorhandenen Bushaltestellen barrierefrei aus und wird punktuell den Kanal und die Wasserleitungen erneuern und die Gehwege sanieren. Hierfür sind insgesamt über eine halbe Million Euro im Haushalt veranschlagt.
Mit der Sanierung der Kreisstraße 6933 wird auch in der Sebastiansweilerstraße, Höhe Butzenbadstraße mit der Schaffung einer Querungshilfe die Verkehrssicherheit für den Fußgänger- und Radverkehr deutlich erhöht. Diese gesicherte Querung dient dem überörtlichen Radnetz in der Radnetzkonzeption des Landkreises und der Stadt und ist Bestandteil der Radroute „RadNetz – Alltag Baden-Württemberg“.
Für die Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Stadt sind im Haushalt Mittel in Höhe von 263.000 Euro und in den Folgejahren weitere 550.000 Euro vorgesehen.

Weitere Maßnahmen der Stadtentwicklung sind die Straßensanierungsmaßnahme Tannenstraße in Bästenhardt, die Erschließung des Baugebietes Pfingstwasen Nord in Belsen, die bereits im vergangenen Jahr veranschlagte Sanierung des Treppenhauses am PAUSA Verwaltungsgebäude, die mangels einer Einigung mit dem Landesamt für Denkmalpflege bislang noch nicht begonnen werden konnte.

Mössingen wird immer attraktiver zum Wohnen, Leben und Arbeiten. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der sehr deutlich gestiegenen Schlüsselzahl beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und der langsam aber kontinuierlich steigenden Einwohnerzahl.
Die Neuentwicklung des Hoeckle-Areals und des Pausa-Quartiers sowie der geplante Bau der Regionalstadtbahn aber auch die wirtschaftliche Entwicklung in der prosperierenden Region Neckar-Alb lassen spürbare Bevölkerungszuwächse erwarten. Da ist es richtig und wichtig, frühzeitig in den Ausbau und die Weiterentwicklung der öffentlichen Infrastruktur zu investieren.

Bei der derzeitigen Entwicklung auf unserem Wohnungsmarkt und bei anhaltendem Zuzug und weiterem Bevölkerungszuwachs in unserer Stadt ist die Schaffung von Wohnraum von ganz besonderer Bedeutung. Mit den beiden großen zu entwickelnden innerstädtischen Wohnquartieren haben wir große Potenziale. Zusätzlich müssen wir aber zwingend mittel- bis langfristig mit der Ausweisung von § 13 b – Wohnbaugebieten auch für die Zukunft Wohnbaumöglichkeiten schaffen. Leider erweist sich dies als sehr schwierig, da egal ob bei innerstädtischen oder § 13 b-Gebietsentwicklungen vielfältige Einwendungen dagegen oder grundsätzliche Ablehnungen

vorgebracht werden. So kann es aber nicht funktionieren: Jeder ruft nach mehr Wohnraum, aber eben nicht vor der eigenen Haustür. Hier ist die Kommunalpolitik, hier sind Sie, meine Damen und Herren Gemeinderäte und Ortschaftsräte ganz besonders gefordert und in der Pflicht, andernfalls werden Sie Ihre eigenen Forderungen und Ansprüche nach mehr Wohnraum, auch sozial geförderten Wohnungen niemals erreichen und umsetzen können.

6.

Nach dem das Gewerbegebiet Schlattwiesen im eigenwirtschaftlichen Ausbau von Vodafone mit Breitband von 1 GB ausgebaut wurde, sollen im nächsten Jahr die Gewerbegebiete Riethäcker und Vor Dörnach folgen. Derzeit erfolgt die Auswertung der Bieter, die sich auf den Breitbandausbau für die beiden Gewerbegebiete beworben haben. Die Vergabe wird im kommenden Jahr erfolgen. Wir dürfen uns freuen mehrere Angebote zu haben. Für den städtischen Eigenanteil sind Mittel in Höhe von 220.000 Euro in den nächsten beiden Jahren eingestellt. 80 Prozent des Breitbandausbaus bzw. der Wirtschaftlichkeitslücke wird von Bund und Land gefördert. Gleich zu Beginn des nächsten Jahres werden wir eine weitere Markterkundung durchführen, um im Sonderprogramm Schulen und Krankenhäuser Fördermittel für den Breitbandanschluss für unsere Schulen und in einem neuen Programm zum Schließen von grauen Flecken für den weiteren Ausbau von Öschingen und Talheim akquirieren zu können.

Knapp 1 Mio. Euro investiert die Stadt in die Digitalisierung. Allein rd. 700.000 Euro sind für den digitalen Ausbau der Grundschulen vorgesehen und auch in der Verwaltung werden weitere digitale

Prozesse eingeführt, die mit 240.000 Euro zu Buche schlagen. Mit dem E-Recruiting wurde bereits 2020 eine digitale Bewerbungsplattform eingeführt. Die eingeführte Online-Terminvergabe funktioniert ebenfalls sehr gut. 2021 sollen die Einführung der E-Akte, eines digitalen Baugenehmigungsverfahrens, eines E-Payment und eines digitalen Gebäudemanagementsystems folgen.

Bereits vor dem DigitalPakt Schule war die Stadt mit ihren weiterführenden Schulen zukunftsorientiert unterwegs. So wurden sowohl das Quenstedt-Gymnasium als auch das Hauptgebäude der Friedrich-List-Gemeinschaftsschule bereits in den letzten Jahren mit digitalen Medien ausgestattet und einem Glasfaseranschluss versehen.
Dass diese Investitionen bereits Früchte tragen, zeigt sich in der Auszeichnung beider Schulen als „Digitale Schule“. Mit der Auszeichnung durch das Kultusministerium wurde das Engagement der Schulleitungen und Lehrkräfte gewürdigt, sich für eine zeitgemäße Bildung in der digitalen Welt stark zu machen. Ich darf an dieser Stelle beiden Schulen noch ganz herzlich gratulieren. Wir sind also gut aufgestellt und beide Schulleitungen haben uns bestätigt, wir sind anderen Schulen, auch dank der vorausschauenden städtischen Investitionen, ein gutes Stück voraus.

Dennoch sind wir noch lange nicht am Ende angelangt, der Veränderungsprozess in unserer Gesellschaft nimmt gerade erst so richtig Fahrt auf, dafür aber umso rasanter. Sie spüren das derzeit ja selber. Wer hätte vor Jahresfrist gedacht, dass wir nun Gremiensitzungen im Videoformat machen oder wie heute die Sitzung live übertragen. Es bedarf eines enormen Umdenkens in unserer Ge-

sellschaft. Die Digitalisierung meint nicht nur Umstellung auf elektronische Verfahren. Es geht auch ein Kulturwandel einher. Diesen zu bewältigen ist eine große Herausforderung für die Verwaltung – und den Gemeinderat und unsere Gesellschaft.

Wir haben in diesem Jahr mit der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg eine umfassende Mitarbeiterbefragung zum Digitalen Reifegrad der Stadt Mössingen durchgeführt. Die spannenden Ergebnisse werden wir Ihnen Anfang des nächsten Jahres vorstellen.

7.

Mit der Sanierung des Hallenbades haben sich die Abschreibungen für die Bäderbetriebe ganz wesentlich erhöht. Im Planjahr betragen diese 455.000 Euro. Dadurch bedingt erwirtschaftet der Bäderbetrieb einen Verlust von jährlich rd. 1,5 Mio. Euro, welcher nicht durch den Gewinn aus den anderen Sparten der Stadtwerke abgedeckt werden kann. Durch den jährlichen Verlust schmilzt die Eigenkapitalquote weiter ab, wenn nicht durch eine Verlustübernahme der Stadt gegengesteuert wird. Dies war dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung über die weitere Entwicklung der Bäderbetriebe vor der Sanierung des Hallenbades durchaus bewusst. Da wie bereits ausgeführt die Bereitstellung eines Hallenbades für die Bevölkerung und als gemeinwohlorientiertes Angebot – aus meiner Sicht völlig zu Recht – gewünscht war, wurde diese politische Zukunftsentscheidung für die Bevölkerung getroffen. Trotz enormer finanzieller Belastung sind Hallenbäder für unser Gemeinwohl wichtig, denn nur damit ist zu gewährleisten, dass unsere Kinder das Schwimmen erlernen. Wir bieten mit unseren Bädern der Bevölke-

rung ein ausgesprochen gemeinwohlorientiertes Schwimm-, Gesundheits- und Erholungsangebot, das heutzutage alles andere als selbstverständlich ist.

Leider haben uns das Problem mit den rutschigen Fliesen und vor allem die Pandemie einen gewaltigen Strich durch die Rechnung gemacht. Zumindest das Thema Fliesen wird bald gelöst sein.

Um den Verlustvortrag der Stadtwerke nicht zu sehr ansteigen zu lassen und eine Eigenkapitalquote von 30 Prozent nicht zu unterschreiten wird im Haushalt 2021 eine Verlustabdeckung in Höhe von 1 Mio. Euro und eine Kapitalaufstockung von 700.000 Euro eingeplant.

Da es sich bei den Bädern um eine freiwillige Aufgabe handelt ist die Entwicklung der Betriebsverluste aus dem Bäderbetrieb im Auge zu behalten. Aus diesem Grund wird die geplante Sanierung des Kleinkindbereichs im Freibad trotz des ständig schlechter werdenden Zustands bis auf weiteres zurückgestellt. Eine Planungsrate in 2020 wurde nicht in Anspruch genommen und das Projekt aus der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen.

Die Wärmeversorgung wird zukünftig eine immer bedeutendere Rolle für den Klimaschutz und die Flexibilität der Netze spielen. Die Stadtwerke sind sich ihrer ökologischen Verantwortung bewusst und werden den Bereich der Nahwärmeversorgung sukzessive ausbauen. Unter dem Vorbehalt einer Wirtschaftlichkeit sollen die CO2-Emissionen im Wärmesektor weitestgehend reduziert werden. Dies soll durch zukunftsorientierte, innovative Ansätze mit flexib-

lem Einsatz unserer BHKW-Anlagen und dem schrittweisen Ausbau der Wärmenetze mit hohem Anteil an erneuerbaren Energien ermöglicht werden. Neu zu erschließende Wohngebiete werden auf Machbarkeit hin geprüft. Somit werden nach und nach kleinere Wärmeinseln mit gesicherter Abnahme unter Einsatz regenerativer Ressourcen aufgebaut. Diese Vorgehensweise ermöglicht einen zukunftsorientierten und für die nachfolgenden Generationen nachhaltigen Aufbau der Wärmeversorgung. Wir werden im kommenden Jahr in eine Wärmeplanung für die Gesamtstadt einsteigen. Hier fließen selbstverständlich auch die Erkenntnisse aus der durchgeführten Machbarkeitsstudie zur Nahwärmeversorgung in Mössingen mit ein. Ein wesentlicher Punkt wird hierbei auch die Entwicklung im Hoeckle-Areal sein. Die Stadtwerke sind bereits in die Gespräche mit dem Investor bpd involviert.

Ganz aktuell haben die Stadtwerke ein Projekt mit der Kreisbaugesellschaft Tübingen abgeschlossen. Im Bereich Hölderlin- und Uhlandstraße sind 108 Kreisbauwohnungen über ein Wärmenetz an das nahegelegene Blockheizkraftwerk im Schulzentrum angeschlossen worden. Außerdem haben sich gut ein Drittel der anderen Anwohner für einen Anschluss an das Nahwärmenetz entschieden. Mit dieser neuen Technik wird der CO2-Ausstoß um 50 Prozent reduziert.

Schwerpunkt der Investitionen im Bereich der Wasserversorgung sind die Erschließung des Neubaugebiets Pfingstwasen-Nord in Belsen sowie Maßnahmen in der Buchenstraße und im Lärchenweg in Bästenhardt und in der Färberstraße in Mössingen.

Gleichzeitig sind in diesen Bereichen Maßnahmen im Kanalbau zur Abwasserbeseitigung notwendig. Im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasser sind daneben als größter Einzelposten Mittel in Höhe von 400.000 Euro für das Regenüberlaufbecken in Bad Sebastiansweiler eingestellt.

Für Infrastrukturmaßnahmen im Stromnetz sind rd. 820.000 Euro eingeplant, davon als größte Einzelmaßnahme die Erneuerung der 20 kV-Mastleitung auf den Schlossbuckel bei Öschingen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt 2021 ist der zweite Haushalt in Folge, den wir nicht ausgleichen können. Auch der Haushalt 2022 wird ein Defizit ausweisen. Solche Jahre gab es in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs schon immer. Nicht unterschätzen darf man aber, dass die Pandemie die Situation noch unsicherer und unübersichtlicher werden lässt. Doch gerade in dieser Situation sind die Städte und Gemeinden vor Ort gefragt. Die Städte und Gemeinden sind die Orte der Wahrheit und der Wirklichkeit. Daher ist es unsere große Aufgabe, den Menschen vor Ort, unseren Bürgerinnen und Bürger Sicherheit zu geben und zu zeigen, ja wir sind trotz der Pandemie, trotz wirtschaftlichem Abschwung und erst recht wegen einem schwieriger werdenden gesellschaftlichem Zusammenhalt – da wäre sie wieder, unsere drei gesellschaftlichen Herausforderungen - stets handlungs- und entscheidungsfähig, verlässlich, bieten Kontinuität und Stabilität und die Stadt Mössingen tut alles, um die un-

übersichtlichen und mitunter ungewissen Zeiten bestmöglich zu meistern.

Bleiben wir auf Kurs! Mit Disziplin, mit verhaltenem Optimismus und mit Augenmaß!

Meine Damen und Herren,
heute erfolgt keine Aussprache zum Haushalt.

Die öffentliche Haushaltsklausur findet am kommenden Samstag, 12. Dezember 2020 von 9:00 bis 13:00 Uhr statt. Dort werden wir Ihnen den Haushaltsplanentwurf erläutern.

Anträge zum Haushalt sind mit Vorschlägen zur Gegenfinanzierung bis zum 20. Januar 2021 einzureichen. Ich bitte Sie ausdrücklich, bitte stellen Sie, wenn Sie Anträge stellen, nur haushaltsrelevante Anträge. Die Verabschiedung des Haushalts ist für Montag, 8. Februar 2021 vorgesehen.

Mein abschließender Dank gilt allen, die an der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes und den Entwürfen für die Wirtschaftspläne mitgearbeitet haben. Allen voran mein Dank an Sie, liebe Frau Bernhard, sowie Frau Conrad und an Sie lieber Herr Hoffmann und an Frau Breitfelder und an alle Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben Ihre Arbeit wieder sehr gut gemacht. Ein großes Lob – Sie haben trotz der aktuell schwierigen und teils unübersichtlichen Situation und trotz eines Nachtrags, den wir erst vor wenigen Wochen verabschiedet haben, wieder mal sehr zuverlässig die Haushalts- und Wirtschaftspläne aufgestellt. Herzlichen Dank!

Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die am Haushaltsplanentwurf und den Wirtschaftsplänen mitgearbeitet haben.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!